

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 01/2024



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der erste Monat ist schon rum und dennoch möchte ich Ihnen an dieser Stelle weiterhin für das neue Jahr von Herzen alles Gute, Gesundheit und Freude bei all den Projekten wünschen, die Sie sich vorgenommen haben. Auch wenn die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen alles andere als einfach sind, erhoffe ich uns allen ein friedliches und erfolgreiches Jahr 2024.

Diese Sitzungswoche des Bundestages stand ganz im Zeichen des (massiv verspäteten) Bundeshaushalts 2024. Der Beratungsverlauf war chaotisch und der Haushalt im Ergebnis ambitionslos, unterfinanziert und zukunftsfeindlich – weswegen wir diesen als Unionsfraktion nicht mittragen konnten.

Die Unionsfraktion bekennt sich zum Schutz unserer Landwirtschaft. Wir lehnen daher die von der Ampel verabschiedeten Steuererhöhungen vollständig ab und haben ein alternatives Konzept vorgelegt, wie wir unsere Landwirtschaft stärken wollen. Für völlig unzureichend halten wir die Maßnahmen gegen den wirtschaftlichen Abschwung und zur Migrationspolitik. Auch hinsichtlich der Unterstützung der Ukraine schlagen wir einen anderen Weg ein und bekennen uns weiterhin zur finanziellen, militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Ukraine.

Das vergangene Jahr hat auch eine große Lücke in unserer Bundestagsfraktion hinterlassen. Ende Dezember ist mit dem Tod von Wolfgang Schäuble eine Ära zu Ende gegangen. Wir verlieren mit ihm einen couragierten, streitbaren, aber jederzeit fairen Politiker, der unserem Land über viele Jahrzehnte treu gedient hat. Wir werden sein Andenken in dankbarer Erinnerung bewahren.

Herzliche Grüße

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

BUNDESHAUSHALT 2024

Nach monatelangem Streit, einem überaus chaotischen parlamentarischen Verfahren und einer wegweisenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts liegt nun endlich der Bundeshaushalt für 2024 vor. Leider haben sich unsere Befürchtungen bewahrheitet: Es liegt ein Haushalt vor, der viele neue Schulden macht, kaum Anreize für zukünftiges Wachstum beinhaltet und die Infrastruktur vernachlässigt. Dabei steigt die Abgabenlast in unserem Land weiter an. Das vermeintliche Sparpaket der Bundesregierung ist in Wahrheit ein reines „Belastungspaket“ mit zahlreichen Steuer- und Abgabenerhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Wirtschaft.

Der Bund hat grundsätzlich kein Einnahmen-, sondern ein umfassendes Ausgabenproblem. Und das lässt die Ampel nun noch größer werden. Dabei hätte es eindeutige Handlungsfelder gegeben: Echte Einsparungen fehlen im Bundeshaushalt leider nahezu vollständig. Der Bundeshaushalt 2024 hat ein Volumen von 477 Milliarden Euro, noch einmal 20 Milliarden Euro zusätzlich im Vergleich zum Vorjahr, bei einer Neuverschuldung von 39 Milliarden Euro. Damit schöpft die Koalition die maximal zulässige Neuverschuldung nach der Schuldenbremse vollständig aus. Wir leben über unsere Verhältnisse. Im Vergleich zu 2019, dem letzten Jahr vor der Coronakrise, ist das Haushaltsvolumen um 34% angestiegen, unsere Wirtschaft aber lediglich um 18%.

SPD, FDP und die Grünen werden den Herausforderungen einer soliden Haushaltspolitik nicht gerecht. Jede Bundesregierung hat zwei wesentliche Aufgaben: Zum einen muss die äußere und innere Sicherheit unseres Landes gewährleistet werden. Zum anderen muss unser Wohlstand erhalten und bestmöglich ausgebaut werden – denn nur Wachstum bietet Zukunft. Beide Aufgaben gehen faktisch Hand in Hand. Der Ampel fehlen aber zwingend erforderliche Impulse und auch schlicht das Verständnis dafür, dass wir in Zukunft als Land nur stark sein werden, wenn wir auch wirtschaftlich in der Lage sind, die Zukunft aktiv zu gestalten. Das macht dringend erforderlich, dass wir für die Wirtschaft nach Monaten der Rezession die richtigen Anreize setzen. Diesbezüglich ist der Haushalt ein gänzlicher Totalausfall: Einsparungen im ungebremst wachsenden Sozialbudget fehlen gänzlich, Reformanstrengungen werden nicht angegangen. Auf eine realistische Energiepolitik wird verzichtet, Ansätze einer überzeugenden zukunftssträchtigen Standort- und Industriepolitik sucht man vergeblich und von wachstumsorientierter Steuerpolitik fehlt jede Spur.

TERMINE

07.02.2024, 11:11 Uhr
Tollitätenempfang
Kreishaus, Bergisch Gladbach

08.02.2024, ab 11:00 Uhr
Weiberfastnachtsfeier
Kreissparkasse, Bergisch Gladbach

09.02.2024, 19:30 Uhr
Große Sitzung KajuJa BGL e.V.
Wirtshaus am Bock, Bergisch Gladbach

14.02.2024, 11:00 Uhr
CDU RBK politischer Aschermittwoch
mit Paul Ziemiak MdB
Bergischer Löwe, Bergisch Gladbach

Sitzungswoche 19. – 23.02.2024
Deutscher Bundestag

26.02.2024, 17:00 Uhr
Bürgersprechstunde Burscheid
Raum 242, Rathaus Burscheid

27.02.2024, 10:00 Uhr
Besuch Fa. Ortlinghaus
Wermelskirchen

01. – 02.03.2024
Klausurtagung CDU Rhein-Berg

03.03.2024, 11:00 Uhr
CDU Odenthal mit Norbert Röttgen MdB
Bürgerhaus Odenthal
(weitere Informationen folgen)

Sitzungswoche 11. – 15.03.2024
Deutscher Bundestag

*Weitere Informationen finden Sie auf
meiner Homepage!*

Schon heute müssen wir den Bundeshaushalt 2025 in den Blick nehmen. Die Herausforderungen werden in diesem Jahr wohl weiter steigen: die verfehlte Energiepolitik wird weitere Ausgaben notwendig werden lassen, die Ukraine muss auch perspektivisch unterstützt werden. Eine mögliche Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten wird die weltpolitische Lage keinesfalls erleichtern. Wir werden als europäische Gemeinschaft mehr Verantwortung übernehmen müssen. Gerade deswegen ist es so wichtig, dass wir auch im Bundeshaushalt 2025 Prioritäten setzen. Uns als Unionsfraktion ist dafür eines besonders wichtig: Wir wollen eine zukunftsgerichtete Politik, die gerade auch zugunsten unserer Kinder die Schuldenbremse wahrt – so wie es das Grundgesetz vorschreibt.

PROTESTE DER BAUERN

Gleich zu Beginn möchte ich festhalten: Ich habe durchaus Verständnis für die Proteste der Landwirte! Die SPD-geführte Bundesregierung belastet mit ihren Steuererhöhungen einseitig gerade die Teile der Bevölkerung, die für unsere Lebensmittelversorgung und damit für unser Land essenziell sind. Im November 2023 hatte das Bundesverfassungsgericht der verfassungswidrigen Haushaltspolitik der Ampel einen Riegel vorgeschoben. Das war notwendig. Die im Urteil festgelegten Prinzipien werden unsere Haushaltspolitik auch in Zukunft bestimmen. Kurzum: im Bundeshaushalt muss gespart werden, wenn die Einnahmen nicht ausreichen. Die Ampelkoalition hat mir ihrer überraschenden und kurzfristigen Entscheidung, die Kfz-Steuerbefreiung für Traktoren und die steuerliche Privilegierung der Landwirtschaft aufzugeben, einseitig und unverhältnismäßig die Bauern belastet. Und dies, obwohl in den vergangenen Jahren die Landwirte mit immer neuen und strengeren Regelungen konfrontiert waren. Das können wir als Union nicht mittragen und steuern gegen. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben in den parlamentarischen Prozess deswegen einen Antrag eingebracht und darin wesentliche Forderungen aufgestellt, um die Landwirtschaft in unserem Land zu stärken:

- Die Agrardiesel-Steuerentlastung sowie die Kfz-Steuerbefreiung in der Land- und Forstwirtschaft, sowie in allen anderen von diesen Maßnahmen betroffenen land- und forstwirtschaftsnahen Wirtschaftsbereichen, sollen dauerhaft fortgeführt werden.
- Nationale regulatorische Alleingänge, die die europaweite Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe beeinträchtigen, darf es zukünftig nicht mehr geben.
- Die Land- und Ernährungswirtschaft braucht eine umfassende Entbürokratisierung, die wir durch geringere Dokumentationspflichten, regelmäßigen Austausch und einfachere Direktzahlungen sicherstellen wollen.

EINBLICKE



Quelle: Frau Rilke-Haerst

Beim traditionellen Neujahrsempfang der CDU Rösraith war mein Kollege Andreas Jung MdB dieses Jahr Festredner. Das Rösrather Dreigestirn führte zum Abschluss des offiziellen Programms in den gemütlichen Teil des Abends über.



Aus Anlass des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, fand am Mittwoch der Sitzungswoche eine Gedenkstunde im Plenum des Deutschen Bundestags statt. Die Gedenkreden hielten Eva Szepesi, Holocaust-Überlebende, und Marcel Reif, Sohn des Holocaust-Überlebenden Leon Reif. Der Schriftzug #WeRemember der Kampagne des Jüdischen Weltkongressen und der UNESCO erinnerte die Woche über vor dem Reichstagsgebäude an die Holocaust-Opfer.

- Investitionen in Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei müssen erleichtert werden. Dafür müssen entsprechende staatliche Mittel bereitgestellt und Investitionsanreize (auch steuerlicher Natur) geschaffen werden.

Neben dieser Bundestagsinitiative haben wir als Gesamtpartei auch einen weiteren Beschluss gefasst und das „Stärkungspaket für die Landwirtschaft, sichere Ernährung und vitales Forsten in Deutschland“ auf den Weg gebracht. Darin formulieren wir nicht nur ein klares Bekenntnis zu unseren heimischen Erzeugern, sondern listen auch einen 10-Punkte-Plan für eine gelingende Zukunft in der Landwirtschaft auf.

(https://assets.ctfassets.net/nwwnl7ifahow/3rNaUT-GBa2sTa-zPepSq1F0/1f78aebdda5a3aeb15118ee332b8381f/Be-schluss_St_rkungspaket_f_r_Landwirtschaft_sichere_Ern_hrung_und_vitales_Forsten_in_Deutschland_gesamt.pdf)

Mit diesen und weiteren Maßnahmen wollen wir auch in Zukunft sicherstellen, dass die deutsche Landwirtschaft ihre Schlüsselrolle für die Ernährungssicherheit in unserem Land behalten kann. Denn eines muss jedem klar sein: Unsere ländlichen Regionen sind ohne eine wettbewerbsfähige, moderne und zukunftsfeste Landwirtschaft undenkbar – und unsere Lebensmittelversorgung ebenso. Jeder zehnte Arbeitsplatz in Deutschland ist mit der Landwirtschaft verknüpft. Das möchten wir auch in Zukunft so erhalten. Die Proteste der Bauern verlaufen friedlich und konstruktiv. Unsere Landwirte erfahren infolgedessen auch landesweit große Unterstützung aus der Bevölkerung. Anders als vielleicht bei anderen aktuellen Streiks in unserem Land geht es nicht um Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen. Es geht vielmehr darum, dass die staatlichen Einschnitte nicht noch umfänglicher ausfallen als ohnehin schon. In unserem freiheitlichen Staat steht es jedem frei, von der Versammlungsfreiheit Gebrauch zu machen und auf diese Weise politische Forderungen in den Diskurs einzubringen. Wir tun gut daran, die Bauern hierfür nicht zu kritisieren, sondern vielmehr dem Grund für ihre Klage nachzugehen. Der liegt auf der Hand und ist von der Ampelkoalition hausgemacht.

UNTERSTÜTZUNG DER UKRAINE

Seit zwei Jahren währt mittlerweile Putins brutaler Angriffskrieg auf die Ukraine. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir im Januar einen Entschließungsantrag ins Parlament eingebracht, mit dem wir uns für eine weitere intensive Unterstützung der Ukraine sowie ganz explizit für die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern aussprechen. Dieser Tage habe ich verschiedene Zuschriften zu diesem Thema erhalten.

GRÜSSE AUS DEM TEAM



Mein Name ist Kirsten Sittig. Ich bin im Büro von Herrn Dr. Tebroke für die Büroorganisation, Terminkoordinierung und Besuchergruppen zuständig.

Sollten Sie eine Reise nach Berlin planen und den Deutschen Bundestag besichtigen wollen, melden Sie sich gern bei mir - ich organisiere das für Sie.

Tel. +49 30 227-79547

hermann-josef.tebroke.ma01@bundestag.de

In einigen werden wir Parlamentarier aufgefordert, aus Sorge vor einer Eskalation des Konflikts die militärische Unterstützung der Ukraine auslaufen zu lassen. In anderen Zuschriften wird teils sehr nachdrücklich für eine verstärkte Hilfe für die Ukraine geworben. Ich habe für beide Positionen Verständnis. Wir kommen bald ins dritte Kriegsjahr und der Konflikt scheint festgefahren, ja insbesondere für die Ukraine in gewisser Weise aussichtslos. Für mich ist jedoch ein Umstand entscheidend, weswegen ich die weiteren Hilfen für die Ukraine entschieden unterstütze: Die Ukraine wird weiterhin von Russland völkerrechtswidrig angegriffen. Für das anhaltende Kriegsgeschehen gibt es keinerlei Rechtfertigung. Russland nutzt im Rahmen dieses Krieges ganz bewusst Angriffe auf die Zivilbevölkerung, um die Ukraine moralisch zu destabilisieren, und schreckt auch nicht davor zurück, Massengewaltungen als vermeintlich legitimes militärisches Mittel heranzuziehen. Das können wir nicht akzeptieren. Wir können es meines Erachtens nicht dabei belassen, allein zugunsten von Verhandlungen zu plädieren. Das wird meiner Auffassung nach der Komplexität der Lage nicht gerecht. Wie sollten diese Verhandlungen denn überhaupt aussehen? Es gibt aus meiner Sicht keine Anknüpfungspunkte dafür, dass Russland – genauer: Präsident Putin – überhaupt ein Interesse hat, Verhandlungen zu führen. Worin könnten diese Verhandlungen auch münden? Die gegenwärtige Ausgangssituation könnte einfacher kaum sein: Der Krieg wäre in dem Moment vorbei, in dem sich die russischen Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Umgekehrt gilt jedoch: Wenn die Ukraine kapituliert, wird dieser Staat aufhören zu existieren.

Vor diesem Hintergrund bin ich der Überzeugung, dass es richtig ist, die Ukraine auch militärisch weiterhin zu unterstützen, damit sie sich auch in Zukunft verteidigen kann. Man stelle sich nur vor, Präsident Putin gewönne diesen Krieg, die Ukraine würde vollständig in die Russische Föderation einverleibt und hörte somit auf, als Staat überhaupt zu existieren. Was hätte das für Konsequenzen? Präsident Putin und seine Unterstützer würden sich doch dann erst recht bemüßigt fühlen, diese Politik des „Recht des Stärkeren“ gegenüber vielen anderen Staaten an den Tag zu legen. Ein direkter Landzugang zur Exklave Kaliningrad? Das Baltikum als ehemaliger Teil der Sowjetunion annektieren? Wo soll das enden? Auch darf man nicht verkennen, welche globalen Folgewirkungen damit verbunden wären: Viele andere Länder könnten sich verleitet sehen, wie Russland auf multilaterale Kooperation zu verzichten und einzig die eigenen Interessen auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Natürlich bin auch ich dafür, jede sich bietende Gelegenheit zu ergreifen, auf dem Verhandlungsweg eine friedliche Lösung für die Ukraine zu erzielen. Aber wenn wir eines in den vergangenen Jahren gelernt haben, dann dass man sich gegenüber Präsident Putin nur mit Stärke behaupten kann.

Dabei geht es nicht darum, dass sich die Bundeswehr in diesen Konflikt militärisch involvieren lässt. Vielmehr geht es darum, dass wir finanziell, militärisch und politisch die Ukraine unterstützen, dass sie (weiterhin) in der Lage ist, die völkerrechtswidrige und nicht rechtfertigbare russische Invasion aufzuhalten, wenn möglich zurückzudrängen und auf diese Weise die territoriale Integrität und Freiheit der Ukraine zu bewahren bzw. wiederherzustellen. Präsident Putin setzt gegenwärtig gerade darauf, dass die westlich-freiheitlich zivilisierte Welt des Konflikts müde wird und ihre Unterstützung beendet. Dazu dürfen wir es meines Erachtens nicht kommen lassen – die Konsequenzen wären fatal, und das nicht nur für die Ukraine.

TOD VON DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

Am zweiten Weihnachtsfeiertag ist mein Fraktionskollege Wolfgang Schäuble friedlich im Kreise seiner Familie verstorben. In den letzten Wochen ist viel über Wolfgang Schäuble geschrieben worden und auch ich möchte seinen Stil, seine politischen Überzeugungen sowie insbesondere seinen Charakter an dieser Stelle würdigen. Mit Wolfgang Schäuble verlieren wir eine der beeindruckendsten Persönlichkeiten unserer Bundesrepublik!

Allein die Vielzahl an politischen Ämtern, die Wolfgang Schäuble in seinem Leben innehatte, zeigt sein politisches Gewicht. Von 1972 an und damit über 51 Jahre war Wolfgang Schäuble Mitglied des Bundestages. Er hat sechs Bundeskanzler, zehn Bundespräsidenten und vierzehn (!) Legislaturperioden parlamentarisch begleitet. Er war in dieser Zeit unter anderem Bundesinnenminister, Bundesfinanzminister, Präsident des Bundestags und Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich selbst habe Wolfgang Schäuble als sehr engagierten und höchst klugen Fraktionskollegen kennenlernen dürfen. Während meiner ersten Legislaturperiode von 2017 bis 2021 prägte er das Amt des Bundestagspräsidenten auf die für ihn typische Weise. Er war jederzeit konzentriert und informiert. Er leitete die Sitzungen – so habe ich ihn auch als Mitglied des Sitzungsdienstes erlebt – stets souverän und mit ruhiger Hand, und zugleich blitzte dennoch oftmals sein humorvoller sowie verschmitzter Charakter auf. Nur wenige Personen schaffen es, diesem Amt eine derartige Autorität zu verleihen.

Auch nach seiner Zeit als Bundestagspräsident war er in unserer Fraktion präsent. Wenn er sich in den letzten Jahren auch nicht immer in jede tagespolitische Debatte einmischte, so konnte man sich sicher sein, dass wenn er etwas zum innerfraktionellen Diskurs beitrug, dies zielorientiert und abgewogen erfolgte. Wolfgang Schäuble war hinsichtlich seiner politischen Überzeugungen zu keiner Zeit beliebig, ohne jedoch stur zu sein.

Er vermochte es, auch in herausforderungsvollen Situationen Kompromisse zu erzielen.



Der deutsch-deutsche Einigungsvertrag von 1990 ist insoweit der wohl deutlichste Ausdruck dieser seiner Fähigkeit. Wolfgang Schäuble bezeichnete den Einigungsvertrag in der Rückschau als seinen größten politischen Erfolg, der zugleich den Weg ebnete für ein freies und geeintes Europa. Dem kann man nur zustimmen.

Die älteste Tochter von Wolfgang Schäuble wählte im Rahmen seiner Beerdigung die treffende Formulierung, dass er ein Gesamtkunstwerk gewesen sei. Kaum ein anderer Politiker hat die vergangenen fünf Jahrzehnte politisch so geprägt und gestaltet wie er. Wir verneigen uns in Dankbarkeit vor dem beeindruckenden politischen Lebenswerk von Wolfgang Schäuble.

ZU GUTER LETZT: FASTELOVEND!

Ihnen und Ihren Familien wünschen mein Team und ich einen wunderschönen Fastelovend zusammen. Der Karneval ist immer auch ein Geschenk und eine gute Gelegenheit, in schwierigen Zeiten die Leichtigkeit zu erleben und den Optimismus nicht zu verlieren. Genau das sollten wir in den nächsten Tagen feiern. Genießen Sie die jecken Tage in vollen Zügen! Die fünfte Jahreszeit ist doch eigentlich die schönste Zeit des Jahres.

In diesem Sinne – dreimol vun Hätze Rhein-Berg Alaaf



Quelle: Susanne Schröder

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227- 79547

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach
Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail:
hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet:
<https://www.hermannjosef-tebroke.de/>

Stand: 02.02.2024